

Episode 6: Pläne für Menschen mit Behinderungen in Kärntens Landesregierungsprogramm 2028

Einleitung: In der 6. Episode von „Vision Inklusion“ enthüllt Kärntens Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser einen wesentlichen Meilenstein der Inklusion in Kärnten: Den Start des Reallabors „Lohn statt Taschengeld“. Weiters sprechen wir über alle Punkte des Landesregierungsprogramms 2028, die Menschen mit Behinderungen betreffen.

Moderation: Roland Kainz

Gast: Kärntens Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser

Willkommen bei „Vision Inklusion“, dem Podcast der Lebenshilfe Kärnten. Wie schaffen wir einen inklusiven Arbeitsmarkt für alle Menschen in Österreich, was ist das 2-Säulen-Modell und warum ist dieses wichtig für die gesamte Gesellschaft? In diesem Podcast sprechen wir mit Menschen mit Behinderungen und Expert*innen und suchen nach Lösungen.

Roland Kainz: Die Lebenshilfe Österreich hat das sogenannte 2-Säulen-Modell entwickelt, das wir auch Bundesminister Dr. Martin Kocher übermittelt haben. Ziel des Modells ist die Schaffung eines inklusiven, durchlässigen Arbeitsmarktes. Die zwei Säulen stehen einerseits für Einkommen- und andererseits Bedarfssicherung, also die Absicherung des behinderungsbedingten Mehraufwands, wie etwa die Persönliche Assistenz. Das beinhaltet auch die Möglichkeit, aus Werkstätten heraus in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu wechseln und auch wieder in Werkstätten zurückzukehren, wenn Arbeitsversuche nicht klappen.

Mein Name ist Roland Kainz, ich bin Selbstvertreter in der Lebenshilfe Kärnten und Präsidiumsmitglied der Lebenshilfe Österreich.

In dieser Episode sprechen wir mit Kärntens Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser über den inklusiven Arbeitsmarkt und die Punkte des Landesregierungsprogramms 2028, welche Menschen mit Behinderungen betreffen.

Menschen mit Behinderungen fordern schon lange einen inklusiven Arbeitsmarkt. Dass es einen durchlässigen Arbeitsmarkt für alle gibt. Zurzeit gibt es eine 3-Teilung des Arbeitsmarktes. Der 1. Arbeitsmarkt – in diesem sind die meisten Leute aus Österreich drin und sie verdienen ein ganz normales Gehalt und sind versichert. Man nennt das auch den freien Markt. Am 1. Arbeitsmarkt verdient man mehr – das ist im Kollektiv-Vertrag geregelt. Darin stehen die Rechte und Pflichten. Man bekommt eine Versicherung und man muss Steuern zahlen.

Der 2. Arbeitsmarkt ist für unterschiedliche Gruppen. Wie zum Beispiel für Langzeit-Arbeitslose und auch für Menschen mit Behinderungen. Es sind Arbeitsplätze, die oft aus Förderungen entstanden sind und daher auch meist auf Zeit sind. Ziel ist es, einmal in den 1. Arbeitsmarkt zu kommen.

Für Menschen mit Behinderungen, die als arbeitsunfähig eingestuft worden sind, gibt es den 3. Arbeitsmarkt. Das betrifft die Beschäftigungs-Werkstätten. Im Moment schaut es in den Werkstätten so aus: wir bekommen nur Taschengeld. Bei mir sind das 50 Euro im Monat. Ich arbeite bis zu 30 Stunden in der Woche. Im Vergleich zu anderen Werkstätten ist das gar nicht so wenig Taschengeld. Das ist so, weil ich im Moment am 3. Arbeitsmarkt bin.

Das 2-Säulen-Modell würde das gerne mit einem inklusiven Arbeitsmarkt ändern. Dann gibt es keine 3-Teilung mehr, sondern nur mehr einen Arbeitsmarkt für Alle, bei dem jeder ein Gehalt bekommt und versichert ist.

Roland Kainz: Hallo Herr Kaiser und herzlich willkommen bei unserem Podcast „Vision Inklusion“.

Am Anfang möchte ich Sie gleich fragen: Was verstehen Sie unter Inklusion und wie kann jeder dazu beitragen, dass Kärnten inklusiver wird?

Peter Kaiser: Inklusion bedeutet für mich, dass alle Menschen gleiche Chancen haben. Dass man nicht nach Einschränkungen, besonderen Talenten oder anderen Bereichen unterscheidet und trennt, sondern dass man versucht, solche Strukturen in einer Gesellschaft zu schaffen, dass dort alle miteinander Dinge durchführen können.

Roland Kainz: Sie haben 2023 das neue Landesregierungsprogramm vorgestellt. Darin sind auch einige Punkte enthalten, die Menschen mit Behinderungen betreffen. Im Regierungsprogramm ist zum Beispiel ein Punkt zu „Inklusion am Arbeitsmarkt“ enthalten. Dort steht: Menschen mit Behinderungen und/oder Benachteiligungen sollen in den Arbeitsmarkt bestmöglich integriert werden, um durch ein eigenes Einkommen und sozialrechtliche Absicherung zu einem weitestgehend selbstbestimmten Leben zu finden.

Welche Schritte zielen darauf ab, Menschen mit Behinderungen nachhaltig den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen? Wie unterstützt man Menschen mit Behinderungen dabei?

Peter Kaiser: Also zuerst einmal freut es mich, wie genau unser Regierungsprogramm, das ja auf den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen basiert. Das ist ganz wichtig zu sagen, das sind 193 Staaten dieser Erde, die sich diese 17 Nachhaltigkeitsziele auch bekannt haben. Und hier haben wir auch drinnen in unserem Regierungsprogramm, dass wir mit der gesellschaftlichen Teilhabe, auch mit entsprechender Unterstützung, Sachleistungen auch Menschen mit Behinderungen einschließen, für die sich die Koalitionspartner*innen in den kommenden fünf Jahren vor allem mit einer Vorreiterrolle „Lohn statt Taschengeld“ stark machen wollen. Das ist ein ganz klares Bekenntnis zur Inklusion, zur Gemeinsamkeit für alle Menschen in den Bereichen Arbeitswelt oder wo auch immer. Wir möchten auch, dass alle dieselben Chancen haben, sich in ihrem Leben zu verwirklichen und dafür braucht es natürlich gewisse Unterstützungen der

öffentlichen Hand. Zu denen bekennen wir uns in unserer Regierungserklärung, die im Übrigen, auch damit sie breiter verstanden wird, in einer Präambel in vier Sprachen abgefasst wurde.

Roland Kainz: Und was will das Land Kärnten den Unternehmen für Anreize liefern, damit sie Menschen mit Behinderungen beschäftigen?

Peter Kaiser: Wir haben eine enge Kooperation mit dem Sozialmarktservice, mit dem Arbeitsmarktservice, wo wir in gemeinsamen Programmen versuchen, solche Unterstützungen zu geben. Das Land Kärnten, meine Kollegin, die Frau Landesrätin Beate Prettnner, hat einen Kärntner Landesetappenplan für die Umsetzung der UNO-Menschenrechts- beziehungsweise Behindertenrechtskonvention erstellt, wo wir versuchen, aus den bisher bestehenden Werkstätten, wo man für die Arbeitsleistungen – du kennst es ja – eigentlich nur eine Art Taschengeld bekommt, aus dem heraus, sich zu verabschieden und für Arbeitsleistungen in Betrieben, die wir auch mit Rat, Tat, Arbeitsassistenz, teilweise auch mit geldmäßiger Unterstützung fördern, dort die Möglichkeit zu geben sich zu bewähren und im Ausmaß von rund 19 Stunden auch Mitarbeiter*innen-Tätigkeiten dort zu leisten. Es ist alles im Aufbau begriffen. Wir haben hier sehr viel Erfahrung, auch positive Erfahrungen vom Wissen und den Anregungen der Lebenshilfe mit versucht zu verarbeiten. Unser Ziel ist es hier für die Menschen die Arbeitsstätten, die Arbeitswelt auch zu öffnen. Und ganz offen gesagt, wenn wir derzeit in der Gesellschaft miteinander reden, am meisten gefragt sind Arbeitskräfte, weil wir schlicht weg zu wenig Menschen haben. Ich sage daher ganz offen: Nicht nur von der inneren Einstellung her, die wir haben, sondern auch von der Notwendigkeit her, werden wir diesen Bemühungen besonderes Augenmerk schenken.

Roland Kainz: In Frankreich werden zum Beispiel 30 Prozent der öffentlichen Beschaffung unter sozialen Kriterien vergeben. Das heißt, dass Gemeinden, die Aufträge ausschreiben, jenen Firmen den Zuschlag geben, die soziale Kriterien erfüllen. Ein soziales Kriterium wäre zum Beispiel, ob die Firma Menschen mit Behinderungen beschäftigt. Wie stehen Sie zu dieser Idee, von der öffentlichen Vergabe mit Mehrwert?

Peter Kaiser: Also ich befürworte sie, weil sie auch ein positives, animierendes Maßnahmenpaket darstellt. In Österreich ist es aber Bundessache, das heißt, ich kann das nicht von der Landesregierung machen. Bin aber jederzeit bereit diese Forderung auch auf Bundesebene zu unterstützen. Wir haben ja in Österreich einen etwas anderen Zugang. Wir haben ein Behinderteneinstellungsgesetz, wo je nach Größe eines Betriebes eine gewisse Anzahl an Menschen mit Behinderungen einzustellen sind. Wenn du das nicht machst, zahlst du eine quasi Ausgleichstaxe. Was ich nicht möchte, ist, dass diese Ausgleichstaxe quasi einem „Ich befreie mich von einer Verantwortung“-Betrag gleichkommt. Daher versuchen wir im öffentlichen Bereich, dort wo wir selbst die Verantwortung tragen, ganz besonders im Land

Kärnten, in der Verwaltung, im öffentlichen Dienst, aber auch in der Krankenanstalten-Betriebsgesellschaft des Landes Kärnten, Menschen mit Behinderungen anzustellen, ihnen auch, wo es möglich ist Arbeitsassistenten und Integrations-, Inklusionsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Und eben über Lohn und nicht Taschengeld auch eine gesellschaftlich größere Wertigkeit zur Verfügung zu stellen. Das ist der Weg, den wir vorangehen, aber wenn es gewisse prozentuelle Anteile von Waren, die von Firmen oder Unternehmungen hergestellt werden, die besonders große Einstellungen von Menschen mit Behinderungen haben, dann ist das auch etwas, was ich befürworte.

Roland Kainz: Im Regierungsprogramm ist ein Punkt zu „Lohn statt Taschengeld“ enthalten. Darin steht: Kärnten wird weiter vorangehen und die Chancen für Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt ausbauen. Unter dem Motto „Lohn statt Taschengeld“ werden Konzepte der Anlehre und Beschäftigung modernisiert und forciert. Mit Initiativen, welche Menschen mit Behinderungen in Kärnten ein Arbeitsleben mit pensions- und sozialrechtlichen Ansprüchen gewährleisten sollen, wird Kärnten auch in diesem Bereich weiterhin österreichweit eine Vorreiterrolle spielen. Inwieweit platziert sich Kärnten hier als Vorreiter und wie will man diese Vorreiterrolle weiter stärken?

Peter Kaiser: Das Land Kärnten wird im Herbst das Projekt Reallabor, welches aus dem von der Lebenshilfe ausgearbeiteten 2-Säulen-Modell beruht, starten. In diesem Projekt werden anfangs 20 Menschen mit Behinderungen, die aus Werkstätten auf den freien Arbeitsmarkt im Sinne eines Arbeitskräfteüberlassungsübereinkommens bis zu 19 Stunden in der Woche vermittelt und arbeiten können. Sie bekommen, so wie jede andere Arbeitnehmerin oder jeder andere Arbeitnehmer einen Lohn und wenn es den Bedarf geben sollte, dass man gewisse Unterstützung braucht, dann soll auch eine Assistenz zur Verfügung gestellt werden. Das Wichtige daran ist, sollte es aus welchen Gründen auch immer, nicht klappen oder vielleicht genau diese Tätigkeit nicht die ideale sein, dann hat man natürlich die Rückkehrmöglichkeit in die entsprechende bisherige Institution und die Betreuungsmöglichkeiten als solche bleiben auch aufrecht. Traumhaft wäre es, wenn diese Betriebe, die hier unsere Partner sind, dann auch selber den Vorteil erkennen und diese Leute dann auch mitübernehmen wollen. Gesamtziel aber ist es, dass wir ein bisschen die Tür aufmachen wollen. Dass man sieht: Hoppala, da gibt es Menschen, die sind zu tollen Leistungen fähig, sie hätten sonst nur nicht die Chance gegeben. Daher braucht es einen kleinen Stupser, einen Anschub durch das Land Kärnten und das versuchen wir zu geben. Bin sehr froh, dass die Lebenshilfe sich hier auch mit vielen erworbenen Erfahrungen mitbeteiligt.

Roland Kainz: Inklusive Bildung ist ein Grundstein für inklusive Gesellschaften. Das System in Kärnten habe ich noch nicht ganz durchschaut. Gibt es in Kärnten

eigentlich noch Sonderschulen? Wie sieht das inklusive Schulsystem in Kärnten aus? Und was will Kärnten weiterhin unternehmen?

Peter Kaiser: Ja hier auch eine ganz offene Antwort: Politisch hat es eine klare Stellungnahme in die Richtung gegeben, dass man gesagt hat, man lässt Sonderschulen auslaufen und wird versuchen, inklusive Bildungssysteme auf allen Schulebenen einzurichten. Das ist teilweise passiert. Es hat dann aber auch einen Meinungswechsel auf der Regierungsebene, Bundesregierungsebene gegeben, sodass wir derzeit eigentlich zwei Systeme nebeneinander bestehen haben. In Kärnten ganz konkret, haben wir noch zwei Sonderschulen, die aber nicht nur Sonderschule sind, sondern auch in Verbindung mit einer Wohneinrichtung beziehungsweise anschließenden Wohnmöglichkeiten sind. Eine in Seebach und die Comenius-Schule am Techelsberg. Prinzipiell haben wir in Kärnten aber versucht in der Bildungspolitik – und ich war die letzten beiden Legislaturperioden dafür verantwortlich – dass wir Inklusion umsetzen. Das hat dazu geführt, dass wir an verschiedenen Standorten möglichst wohnortnahe Inklusionsklassen eingerichtet haben. Klassen, in denen in einem kooperierten Kleinklassensystem mit geringerer Anzahl von Schülerinnen und Schüler die entsprechende Beschulung stattfindet, es viele Gemeinsamkeiten gibt. Und ich glaube schon, dass wir hier mit der Ergänzung um gewisse Therapien, Ergo-, Physio-, Logopädie, etcetera eine gute Entwicklung eingeleitet haben. Sie wird begleitet von einer Schulassistenz für die das Land Kärnten auch einiges an finanziellen Mitteln aufbringt. Und wir sind eigentlich das Bundesland, das mit knapp 88 Prozent integrativen, inklusiven Unterricht mit Abstand an der Spitze aller neun österreichischen Bundesländern steht.

Roland Kainz: Im Regierungsprogramm ist ein Punkt zu „Innovativen Wohnmodellen für Menschen mit Behinderungen“ enthalten: Unter diesem Punkt steht: Im Sinne des Kärntner Landesetappenplanes, mit dem mehr als 90 Maßnahmen umgesetzt werden und der als fortlaufender Prozess im Sinne eines sogenannten „Living Papers“ weiterläuft, werden unter dem wesentlichen Aspekt, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten, innovative Wohnmodelle geschaffen, mit dem Ziel, die Deinstitutionalisierung weiter voranzutreiben.

Mit Deinstitutionalisierung ist zum Beispiel gemeint, dass Menschen mit Behinderungen nicht mehr in großen Wohnhäusern, sondern in kleineren Wohnungen direkt in der Gemeinde leben können.

Wir begrüßen den Punkt der „innovativen Wohnmodelle“ sehr. Wie ist es zu diesem Punkt gekommen und wie kann man sich diese Wohnmodelle vorstellen?

Peter Kaiser: Ich habe bereits einmal erwähnt, dass wir einen so genannten Landesetappenplan, der schon seit vielen, vielen Jahren begonnen wurde zu erstellen, mit sehr vielen Maßnahmen ausgezeichnet haben. Wir sind derzeit in diesem lebenden Papier rund 90 Maßnahmen erarbeitet worden, die auch permanent begleitet und evaluiert werden. Und einer der Hauptpunkte, so wie immer und überall ist, ich brauche meine 4 Wände, wo ich mich wohl fühle. Unser Ziel ist es,

dass wir weniger in Heimen, Institutionen, sondern uns mehr und mehr in die Richtung individueller, also von jemanden seinen eigenen oder ihren eigenen Bedürfnissen folgenden Möglichkeiten umsehen. Das kann eine Wohngemeinschaft sein, das können begleitetes Wohnen sein, das können aber auch eine gewisse Sozialraumorientierung, wie wir sie jetzt in diesem tollen Projekt meiner Kollegin Gaby Schaunig in Harbach machen, wo du in einem größeren Wohnbereich, in einem Wohnblock, Anlaufstellen hast, für Menschen die aufeinander, auf die Nachbarin auf den Nachbarn schauen, wenn er oder sie besondere Bedürfnisse haben. Insgesamt geht aber und das ist ganz klar feststellbar, die Tendenz in Richtung selbstständiges Wohnen und es ist Mitaufgabe auch einer sich modern verstehenden Gesellschaft, dass man bei größeren sozialen Wohnbauprojekten darauf achtet, dass es auch Menschen mit speziellen Bedürfnissen, mit Einschränkungen, mit der notwendigen Barrierefreiheit gibt und für die versuchen wir jetzt auch nach neueren Erkenntnissen ein Umfeld zu schaffen, wo du beispielsweise im selben Wohnblock auch jemanden hast, der dir bei gewissen Dingen helfen kann und das dann auch gerne tut.

Roland Kainz: Österreich hat sich zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet. Das ist ein Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die in einer gewissen Zeit umgesetzt werden sollen. Wie Österreich die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen will, steht im Nationalen Aktionsplan. Aus dem Aktionsplan leitet Kärnten die Ziele für Kärnten ab. Dieser Plan heißt dann Kärntner Landesetappenplan. Der Kärntner Landesetappenplan ist laut Regierungsprogramm ein „Living Paper“. Das heißt, es ist kein starres Konzept, sondern es kann sich immer wieder ändern und ergänzt werden. Was grundsätzlich gut ist, weil man noch nachschärfen kann, zum Beispiel, wenn von der Bundesregierung neue Rahmen geschaffen werden. Wo wird gerade beim Kärntner Landesetappenplan nachgeschärft?

Peter Kaiser: Eigentlich bei all den Punkten, die wir jetzt in der letzten halbe Stunde miteinander besprochen haben. Sie sind direkt aus dem Landesetappenplan, den wir seit 2014 im Land Kärnten haben. Wir haben 2013 die diesbezügliche Verantwortung im Land übernommen. Die Menschen, die Behindertenrechtskonventions-Ratifizierung ist ja im Jahr 2008 bereits in Österreich erfolgt. Und von dem ausgehend haben wir eine Reihe von Maßnahmen gehabt. Die Schwerpunkte sind Wohnen, ist Inklusion am Arbeitsmarkt und ist das sukzessive Abbauen von institutionellen Betreuungen, hin zu vermehrten individuellen und inklusiven Bereichen hingehend. Wo wir jetzt neue Erfahrungen haben und das hängt auch ein bisschen mit meiner Referatszuständigkeit zusammen ist, dass wir vermehrt versuchen im Bereich Kunst und Kultur inklusionsorientiert vorzugehen. Einerseits auch mit Vergünstigungen bei Eintritten in Theater, Museen, Galerien. Dass wir auch versuchen im Bereich Sport Inklusion im besonderen Ausmaß zu leben. Wir haben vor Kurzem gerade einen diesbezüglichen Triathlon-Bewerb gehabt. Also wir versuchen auch in Bereichen wie Bildung, Erwachsenenbildung – ich halte Bildung,

lebensbegleitendes Lernen für ein unabdingbares Menschenrecht. Das muss allen Menschen zugänglich sein, so auch Menschen mit Behinderungen. Daher versuchen wir auch, ein Angebot für eine barrierefreie Erwachsenenbildung, lebensbegleitendes Lernen mitanzubieten. Ja und letztendlich wird es auch darauf ankommen, dass wir – wie es ja schon passiert – sehr bekannt ist es bei Blinden mit entsprechenden Leitsystemen auch bei öffentlichem Verkehr, beim Bewegen im öffentlichen Raum zur Seite zu stehen und hier daran zu denken, dass wir an alle Menschen und an alle, an alle Einschränkungen denen soweit es möglich ist begegnen kann.

Roland Kainz: Im Regierungsprogramm ist ein Punkt zu „Barrierefreier Erwachsenenbildung“ enthalten: Angebote in Erwachsenenbildungseinrichtungen sollen für alle in Kärnten lebenden Menschen offen sein. In den Erwachsenenbildungseinrichtungen soll mittels zertifizierter Inklusionsbeauftragter die barrierefreie Erwachsenenbildung gefördert werden. Was ist darunter zu verstehen?

Peter Kaiser: Das, was ich ganz kurz versucht habe jetzt einmal auch anzusprechen. Den Zugang zum lebensbegleitenden Lernen für alle zu ermöglichen. Dazu braucht es auch einer gewissen speziellen pädagogischen Ausbildung, die wir in Kärnten mit dem Beginn des Jahres 2023 auch versucht haben zu starten. Das ist ein Projekt, das sich weiter entwickeln wird. Ich hoffe, dass es auch von allen Seiten mit genutzt wird, denn ich glaube, dass gerade in einer Gesellschaft, in der sich täglich immer mehr und mehr ändert, es ganz wichtig ist für alle Menschen, auch bildungsmäßig den Anschluss nicht zu verlieren. Daher haben wir einen diesbezüglichen Schwerpunkt auch gesetzt.

Roland Kainz: Der Ministerrat hat vor Kurzem den Zugang zu AMS-Angeboten für arbeitsunfähige Personen unter 25 Jahren beschlossen. Das heißt Menschen mit Behinderungen unter 25 Jahren, die als arbeitsunfähig eingestuft wurden, können Angebote vom AMS in Anspruch nehmen. Wie will das Land Kärnten sicherstellen, dass auch alle Personen über dieses Angebot informiert werden?

Peter Kaiser: Indem wir mit den zuständigen Institutionen auch engst kooperieren. Information kann nie eine einseitige Aufgabenstellung sein. Es haben alle dafür Sorge zu trachten, dass das publik gemacht wird. Ich halte das für eine große Chance, bin aber auch in einer Frage sehr kritisch: Ich habe gehört, dass seitens der Bundesregierung dem AMS für beschäftigungspolitische Maßnahmen – und das ist eine klassische über die du gerade gesprochen hast – dass wir dort natürlich, dann, wenn wir Geld einsparen und weniger Mittel zur Verfügung stellen, möglicherweise genau das Gegenteil von dem was man will oder vorgibt zu wollen, erreicht. Das heißt, ich appelliere auch über diese Möglichkeit an alle Verantwortungsträgerinnen und -träger, dass man hier nicht spart, sondern diese so wichtige, sinnerfüllende Tätigkeit der Integration in den Arbeitsmarkt auch für Menschen mit Behinderungen unter 25 Jahren auch finanziell adäquat ausstattet.

Roland Kainz: In Kärnten gibt es bereits das Konzept der Pflegenahversorgung, das auf einem Netzwerk an Freiwilligen in den Gemeinden aufgebaut ist. Also Gemeinden, in denen eine diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegekraft sich mit einem Netzwerk an Freiwilligen um das Wohl der Gemeinde kümmert. Wäre das dahinterstehende Konzept, also der Gemeinschaftspflege und wohnortnaher inklusiver Unterstützungsstrukturen, auch auf Menschen mit Behinderungen ausweitbar, vor allem um die Deinstitutionalisierung sowie volle gesellschaftliche und berufliche Teilhabe zu erreichen? Was würde dafürsprechen, dieses Konzept auch auf Menschen mit Behinderungen auszudehnen, damit sie gemeindenah wohnen können?

Peter Kaiser: Also ein eindeutiges „Ja“ und Bekenntnis dazu. Wir werden vermehrt in Kärnten – und das ist auch Ziel in dieser Legislaturperiode zu starten – so genannte Knotenpunkte, soziale Knotenpunkte an neuralgischen Stellen in Kärnten versuchen zu entwickeln. Wo eben von mobiler Pflege, Tagesbetreuungsstrukturen, für alle, die eine solche Struktur benötigen, der Raum geschaffen werden soll. Sinnvoller Weise soll das auch akkordiert werden mit Nahverkehr. Man muss ja auch schauen, man wird ja nicht neben einen solchen Heim wohnen, dass man das verkehrsmäßig auch erschließen und erreichen kann. Und am Ende des Tages – und das wird ein Mehrlegislaturperioden-Programm sein – soll ein solches Netzwerk entstehen, das hilft, dass man, wenn man in der Lage ist, selber zu wohnen, wohnadäquate Bereiche hat, dass man nicht institutionelle Betreuung sein muss, sondern auch Tagesstrukturen oder Teile des Tages, in Ergänzung am besten zur Arbeit, dort dann auch verbringen kann. Das ist aus meiner Sicht ein ganz, ganz wichtiger Schritt und kann eine neue Qualität der Sozialpolitik im Generellen bei uns in Kärnten loslösen.

Roland Kainz: Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in Österreich seit dem 26. Oktober 2008 in Kraft. Also mittlerweile seit 15 Jahren. Was waren für Sie in den letzten 15 Jahren die größten Meilensteine für Menschen mit Behinderungen?

Peter Kaiser: Es ist ein wunderschönes Symbol, dass in einer internationalen Welt, an einem Nationalfeiertag eine solche Konvention ratifiziert wird. Ich würde keine einzelnen Punkte herausgreifen, denn Inklusion heißt ja eben, alles gemeinsam zu sehen. Und jeder Schritt, der zur vermehrter Inklusion beiträgt, ist aus meiner Sicht gleich wichtig. Denn auch von jedem Menschen wird die eine oder andere Maßnahme unterschiedlich bewertet. Die Summe ist es, die es ausmacht. Aber – und das möchte ich vielleicht von meiner Seite her auch anmerken – allein, dass wir über Inklusion als gesellschaftspolitische Aufgabe reden, zeigt, dass sich in diesen mittlerweile 15 Jahren doch einiges bewegt hat.

Roland Kainz: Wie stehen Sie dazu? Sind Sie damit zufrieden und was würde es von Bundesebene benötigen?

Peter Kaiser: Es gibt da ein geflügeltes Wort, das lautet: Wenn Zufriedenheit herrscht, dann ist Fortschritt gehemmt. Nie zufrieden sein. Schauen, was ist noch wichtig für Menschen zu erreichen. Es gibt immer viel zu tun. Ich möchte auch keiner Bundesregierung oder keiner Landesregierung Vorschriften machen. Sich mit der Thematik auseinandersetzen, Inklusion zu leben, zu ermöglichen und dafür Bewusstsein zu schaffen, das wird glaub ich eine ständige Aufgabe sein und bleiben.

Roland Kainz: Wir kommen nun zum Ende unserer Episode, wollen Sie unseren Hörerinnen und Hörern noch etwas mitgeben?

Peter Kaiser: Ganz liebe Grüße. Danke für Euer Verständnis des Zuhörens. Bitte, wenn Euch das eine oder andere wichtig erscheint, erzählt es weiter. Inklusion lebt auch von Bewusstseinsbildung und da können wir alle – wir beide, die Zuhörenden und die, die Ihr vielleicht überzeugen könnt, ganz aktiv beitragen.

Roland Kainz: Eine letzte Frage habe ich noch. Was wünschen Sie sich selbst und was wünschen Sie sich für Kärnten?

Peter Kaiser: Die von mir vorher kritisierte Zufriedenheit, aber auf dem aufbauend, dass wir alle versuchen beizutragen, dass wir in einer lebenswerten, lebenswerteren Welt gemeinsam inklusiv leben.

Roland Kainz: Herr Kaiser, vielen Dank für das Gespräch.

Peter Kaiser: Ich danke Dir, auch für die kompetenten Fragestellungen.

Roland Kainz: Und ich bedanke mich bei allen Hörerinnen und Hörern und wenn euch das Thema am Herzen liegt und euch der Podcast gefällt, dann bewertet uns auf Apple Podcasts und teilt diese Episode auf Euren Social-Media-Kanälen.